

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5796

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5796



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

11 Gründe gegen die Ernährungsinitiative und den Vegan-Zwang

1

Unrealistisches Ziel

Die Initiative für eine sichere Ernährung setzt mit einem Selbstversorgungsgrad von mindestens 70% ein unrealistisches Ziel. Dieses liesse sich nur erreichen, indem der Staat den Konsum von tierischen Lebensmitteln drastisch einschränkt. Die Schweizer Bevölkerung müsste sich mit einer Ernährung wie zu Kriegszeiten zufriedengeben.

2

Konsumfreiheit ade!

Die Schweizerinnen und Schweizer müsste sich künftig nicht nur vegetarisch, sondern vorwiegend vegan ernähren. Um dies sicherzustellen, wäre eine direkte Bevormundung und staatliche Vorgaben nötig, was wir essen dürfen und was nicht.

3

Tiefere Erträge

Der Initiativtext sieht unsinnige Auflagen für den einheimischen Anbau vor. So zum Beispiel die Verwendung von samenfestem Saatgut. Züchtungs- und damit ertragsmässig würde uns das um 100 Jahre zurückwerfen. Die Erträge pro Fläche von pflanzlichen Lebensmitteln wie Gemüse, Obst, Getreide, Raps, Kartoffeln, u.a.m. würden sinken.

4

Versorgungssicherheit leidet

Die Schweiz ist topografisch bedingt ein Grasland. In den Bergen, in den voralpinen Hügeln, im Jura und auch an vielen Orten des Mittellandes sind die Flächen so steil, dass nur eine Grünlandnutzung möglich ist. Ohne Nutztiere fallen diese für die Lebensmittelproduktion weg. Hofdünger sind auch wichtig für fruchtbare Böden und die Versorgung der pflanzlichen Kulturen.

5

Teurere Lebensmittel

Die neuen Auflagen und die geringere Verfügbarkeit würden die einheimischen Lebensmittel verteuern. Besonders einkommensschwache Haushalte könnten sich gesunde, regionale Lebensmittel immer weniger leisten.

6

Mehr Einkaufstourismus

Die freie Verfügbarkeit von tierischen Lebensmitteln wie Fleisch, Milchprodukte oder Eier zu bezahlbaren Preisen dürfte es in der Schweiz Läden nicht mehr geben. Wer keine Lust hat, sich bezüglich Essen bevormunden zu lassen, deckt sich im umliegenden Ausland ein.

7

Arbeitsplatzverlust

Weniger Tiere, weniger Ertrag im Pflanzenbau, mehr Konkurrenz durch Einkaufstourismus, das alles reduziert die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft. Der Strukturwandel würde sich beschleunigen und viele Arbeitsplätze gingen verloren.

8

Berglandwirtschaft und Biodiversität gefährdet

Ohne Nutztiere steht die Landwirtschaft im Berg- und Alpgebiet vor dem Aus. In der Folge verbuschen und verwalden diese Gebiete. Wertvolle und vielfältige Kulturlandschaften gingen verloren und es käme es zu einem [Verlust an Biodiversität](#).

9

Bundesrat sagt Nein

Der [Bundesrat](#) lehnt die Ernährungsinitiative ab. Für ihn sind die Forderungen der Initiative nicht realisierbar. Er sieht weitreichende negative Folgen für die Produktion und den Konsum von Lebensmitteln in der Schweiz.

10

Unnötig

Die ökologische Nachhaltigkeit in der landwirtschaftlichen Produktion ist in den letzten Jahren stark in den Fokus gerückt. Verschiedenste Programme und Aktionspläne sind bereits in der Umsetzung. Ebenso hat die nächste grosse Reform der Agrarpolitik zum Ziel, die Ernährung als Ganzes zu optimieren.

11

Zwängerei

Die Initiantin Franziska Herren und der mit ihr verbundene Verein reichte 2018 mit der Trinkwasserinitiative bereits ein ähnliches Begehren ein. Das Stimmvolk hat dieses 2021 mit über 60 Prozent Nein abgelehnt.